

## Resolution 2

### Energiesicherheit gewährleisten – mehr Staatsbeteiligung an der Energiewende

Die FREIEN WÄHLER sehen in der Stabilität der Energieerzeugung und Energieversorgung politischen Nachholbedarf. Nicht zuletzt durch den Ukraine-Krieg wurde die Verwundbarkeit der deutschen Energieversorgung deutlich. **Ziel muss hohe Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen und möglichst viel Wertschöpfung für Bürger und Kommunen durch Erneuerbare Energien vor Ort sein.** Um diese Ziele zu erreichen, streben die FREIEN WÄHLER eine stärkere Rolle des Staates bei der Energieversorgung an. Nach den Fehlern der völligen Privatisierung muss der Freistaat wieder mehr Einfluss auf und Beteiligung an der heimischen Energieversorgung anstreben, soweit dies möglich und sinnvoll ist.

Investitionen etwa in die Wasserstoffinfrastruktur, Beteiligung an der Wasserkraft, an Energiespeichern sowie an Wind- und Geothermie-Projekten werden gut angelegtes öffentliches Geld für die Zukunft sein. Das reine Verlassen auf den Markt ist gerade in der aktuellen Umbruchphase der Energiewelt nicht zuverlässig genug, um die Energieziele zu erreichen.

**Die Staatsregierung soll versuchen, in Verhandlungen mit dem Bund und der EU bezüglich der Zukunft der Wasserkraft von Uniper die Interessen Bayerns für Energieerzeugung und Hochwasserschutz zu sichern,** wobei auch eine Übernahme der Wasserkraft, ggf. gemeinsam mit Kommunen, anzustreben ist, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Der Bund ist allerdings hierzu aktuell noch nicht sprechfähig.

#### Die FREIEN WÄHLER fordern:

1. Energiesicherheit und Bezahlbarkeit möglichst mit Erneuerbaren Energien und Wertschöpfung vor Ort zu sichern.
2. Eine angemessene Beteiligung von Land und Bund an der Energiewirtschaft.
3. Staatliche Beteiligung und Unterstützung beim Ausbau Erneuerbarer Energien
4. Eine massive Stärkung der Wasserstoffwirtschaft und Bayern zum Wasserstoffland-Nummer 1 in Deutschland auszubauen.
5. Ausbau von Photovoltaik und Agri-PV durch Anpassung der Gesetzeslage und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren.
6. Starke Rolle der Bürger und Kommunen bei der regenerativen Energieerzeugung und Wertschöpfung.